Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Rat	
90/C 10/01	Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1989 zu einem Gesamtkonzept für die Konformitätsbewertung	1
90/C 10/02	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 22. Dezember 1989 über die AIDS-Bekämpfung	3
	Kommission	
90/C 10/03	ECU	7
90/C 10/04	Staatliche Beihilfen — Mitteilung der Kommission über die in Frankreich, Irland und Portugal anzuwendenden Bezugs- und Abzinsungssätze	8
90/C 10/05	Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe)	9
90/C 10/06	Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sowjetunion	10
	<hr/>	
	<i>II Vorbereitende Rechtsakte</i>	
	Rat	
90/C 10/07	Zustimmungen Nrn. 26/89 bis 32/89	11
	Kommission	
90/C 10/08	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur gegenseitigen Akzeptierung der Befähigungszeugnisse für die Ausübung von Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt	12

I

(Mitteilungen)

RAT

ENTSCHLIESSUNG DES RATES

vom 21. Dezember 1989

zu einem Gesamtkonzept für die Konformitätsbewertung

(90/C 10/01)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

INGEDENK seiner Entschließung vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung ⁽¹⁾, in der er erklärt hat, daß die neue Konzeption durch Schritte bei der Bewertung der Konformität ergänzt werden muß,

INGEDENK der Ziele der Einheitlichen Akte, zu der die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gehört,

BETONT, daß ein Gesamtkonzept auf diesem Gebiet, wie es die Kommission in ihrer Mitteilung vom 24. Juli 1989 ⁽²⁾ unterbreitet hat, von Bedeutung ist; dieses Konzept stellt auf die Schaffung der Bedingungen ab, die für das Funktionieren der grundsätzlichen gegenseitigen Anerkennung der Konformitätsnachweise sowohl im reglementierten als auch im nichtreglementierten Bereich erforderlich sind,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Grundleitlinien dieses Konzepts —

GENEHMIGT die nachstehenden Leitlinien für eine europäische Politik auf dem Gebiet der Konformitätsbewertung:

- In der gemeinschaftlichen Gesetzgebung ist ein kohärentes Konzept durch die Einführung von Modulen für die einzelnen Phasen der Konformitätsbewertungsverfahren sowie durch die Aufstellung von Kriterien für deren Verwendung, für die Bezeichnung und Notifizierung der für diese Verfahren zuständigen Stellen und für die Verwendung des CE-Zeichens zu gewährleisten.
- Die allgemeine Verwendung der europäischen Normen für die Qualitätssicherung (EN 29000) und die Anforderungen, denen die genannten Stellen genügen

müssen (EN 45000), die Einrichtung von Akkreditierungssystemen und der Einsatz von Techniken für Vergleichsversuche müssen in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und in der Gemeinschaft selbst gefördert werden.

- Für die Vollendung des Binnenmarktes ist die Förderung von Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen und Prüfungen zwischen den im nichtreglementierten Bereich tätigen Stellen wesentlich; zur Verwirklichung dieses Ziels dürfte die Gründung einer Prüf- und Zertifizierungsorganisation auf europäischer Ebene beitragen, die flexibel und unbürokratisch arbeitet und deren wesentliche Aufgabe darin besteht, solche Vereinbarungen in die Wege zu leiten und den bevorzugten Rahmen für die Ausarbeitung solcher Vereinbarungen zu bilden.
- Die Entwicklungsunterschiede, die möglicherweise in der Gemeinschaft und in den gewerblichen Bereichen hinsichtlich der Infrastrukturen für die Qualitätssicherung (insbesondere Eich- und Meßsysteme), Prüflaboratorien, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen, Akkreditierungssysteme) bestehen und die sich negativ auf das Funktionieren des Binnenmarkts auswirken könnten, müßten untersucht werden, damit ein Programm gemeinschaftlicher Maßnahmen, gegebenenfalls unter Einschluß von Haushaltsmaßnahmen, in Kürze ausgearbeitet werden kann.
- Die Gemeinschaft bemüht sich in ihren Beziehungen zu Drittländern, den internationalen Handel mit regelungspflichtigen Erzeugnissen insbesondere durch den Abschluß von Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung auf der Grundlage des Artikels 113 des Vertrages gemäß dem Gemeinschaftsrecht und den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft zu fördern, und stellt im letztgenannten Fall sicher, daß
- die Stellen von Drittländern dieselbe Kompetenz besitzen und beibehalten, die für die entsprechenden Stellen in der Gemeinschaft erforderlich ist;

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 136 vom 4. 6. 1985, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 231 vom 8. 9. 1989, S. 3, und ABl. Nr. C 267 vom 19. 10. 1989, S. 3.

- die Regelung zur gegenseitigen Anerkennung auf Berichte, Zertifikate und Zeichen beschränkt wird, die unmittelbar von den in den Vereinbarungen bezeichneten Stellen erstellt bzw. erteilt werden;
- die Vereinbarungen in den Fällen, in denen die Gemeinschaft ihre eigenen Stellen anerkennen lassen möchte, in allen Fragen im Zusammenhang mit der Konformitätsbewertung der betreffenden Erzeugnisse ein ausgewogenes Verhältnis bei den

Vorteilen herstellen, die sich hieraus für die Parteien ergeben.

Die Kommission wird ersucht, dem Rat so bald wie möglich Empfehlungen für ausführliche Verhandlungsmandate gemäß Artikel 113 des Vertrages vorzulegen.

Der Rat ersucht die Kommission ferner, die für die tatsächliche Durchführung dieser EntschlieÙung erforderlichen Maßnahmen zu erarbeiten.

**ENTSCHLISSUNG DES RATES UND DER IM RAT VEREINIGTEN MINISTER FÜR
DAS GESUNDHEITSWESEN DER MITGLIEDSTAATEN**

vom 22. Dezember 1989

über die AIDS-Bekämpfung

(90/C 10/02)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
UND DIE IM RAT VEREINIGTEN MINISTER FÜR DAS
GESUNDHEITSWESEN DER MITGLIEDSTAATEN —

gestützt auf die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften,

in Anbetracht ihres 1986 erarbeiteten und seitdem weiter entwickelten gemeinsamen Konzeptes für die AIDS-Bekämpfung⁽¹⁾ —

sind weiterhin besorgt über die Ausbreitung von AIDS in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie über die sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und ethischen Folgen dieser Krankheit,

verweisen auf ihre Schlußfolgerungen vom 16. Mai 1989⁽²⁾, in denen es heißt, daß die Ansteckung bei Drogeninjektionen eine der Hauptsorgen der für die Gesundheit Verantwortlichen darstellt,

unterstreichen die großen Anstrengungen sämtlicher Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Forschung, Behandlung und Prophylaxe sowie die umfangreichen Bemühungen zur Koordinierung der gemeinschaftsweiten Forschungsarbeiten,

stellen fest, daß trotz der ermutigenden Fortschritte in der Vorschung wirksame Impfstoffe und Behandlungsmethoden in den nächsten Jahren noch nicht in breitem Maße zur Verfügung stehen werden,

erinnern an die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit der Weltgesundheitsorganisation und dem Europarat,

halten es für zweckmäßig, gegenüber allen europäischen Bürgern die für die Vorbeugung und den Kampf gegen AIDS maßgebenden Grundsätze zu bekräftigen und darzulegen,

erinnern ferner an ihre Schlußfolgerungen vom 15. Mai 1987⁽³⁾, in denen beschlossen wurde, einen in den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene durchzuführenden Aktions- und Koordinationsplan auszuarbeiten,

kommen zu diesem Zweck überein, die einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Maßnahmen stärker zu koordinieren und Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse zu fördern.

A. Gemeinsame Grundsätze der AIDS-Bekämpfung

I. Vorbeugung

1. Bei der AIDS-Bekämpfung ist neben der Forschung weiterhin der Vorbeugung im Wege von Aufklärung und Gesundheitserziehung absoluter Vorrang einzuräumen.

2. Bei der Aufklärung sind klare und umfassende Informationen zu geben, und es ist hervorzuheben, daß HIV-Infektion und AIDS-Krankheit keinerlei Angstreaktionen oder Diskriminierungen rechtfertigen.

3. Die Maßnahmen der Aufklärung und Gesundheits-erziehung sind auf die jeweiligen Zielgruppen zuzuschneiden: Zum einen bleibt die allgemeine Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit und insbesondere der Jugendlichen über die Vorbeugung unabdingbar; zum anderen müssen örtliche bzw. gezielte Maßnahmen wichtige Bindeglieder darstellen.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Frage zu widmen, mit welchen Mitteln Drogenabhängige und stark ausgegrenzte Personen erreicht werden können.

4. Zur Vorbeugung muß ein besserer Zugang zu angemessener Einzelberatung und zu den verfügbaren Schutzmitteln gegen das Virus, insbesondere Präservative und sicheres Injektionsmaterial, gehören.

5. Diese Maßnahmen müssen regelmäßig strengen Bewertungen unterzogen werden.

II. Anwendung der Diagnosetests

1. Geeignete Diagnosetests müssen im Rahmen des Gesundheitssystems leicht zugänglich sein, und zwar auf freiwilliger und vertraulicher Basis.

(¹) ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 21,
ABl. Nr. C 178 vom 7. 7. 1987, S. 1,
ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 8,
ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1989, S. 1, und
ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 3.

(²) ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 3.

(³) ABl. Nr. C 178 vom 7. 7. 1987, S. 1.

Sollte es sich als zweckmäßig erweisen, so können zusätzliche Einrichtungen geschaffen werden, in denen sich Einzelpersonen anonym und nach Möglichkeit kostenfrei einem Test unterziehen können.

2. Die Tests finden im Rahmen eines Vorbeugungskonzepts statt, bei dem der einzelne sich dem Test aus Eigeninitiative unterzieht und stets eine Aufklärung und Beratung durch qualifizierte Personen erteilt wird.

3. Systematische und obligatorische Reihenuntersuchungen von Einzelpersonen, d. h. Reihenuntersuchungen ohne vorherige Information oder Zustimmung der getesteten Personen, sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand aus Gründen der Volksgesundheit nicht zu rechtfertigen. Diese Praxis ist insbesondere unter dem Aspekt der Vorbeugung unwirksam.

4. Zur Verbesserung der epidemiologischen Daten im Rahmen von Querschnittuntersuchungen bzw. prospektiven Untersuchungen für Zwecke der Gesundheitsverwaltung sind geeignete Strategien erforderlich.

5. Die Fortschritte bei der Verwendung von Substanzen menschlichen Ursprungs in der Medizin (z. B. Blut und Blutderivate, Organe und Gewebe, Sperma) sind zügig auszubauen.

Freiwillige und unentgeltliche Blutspendung, das Festhalten an geeigneten AIDS-Tests bei jeder Blutspendung (Serologie des AIDS-Virus), die Entwicklung einer Informationspolitik gegenüber Spendern mit dem Ziel, Risikogruppen auszuschließen, sowie strenge und vergleichbare Qualitätskontrollen in der Gemeinschaft tragen wesentlich zur sicheren Verwendung dieser Spenden und insbesondere zur Sicherheit bei der Blutübertragung bei.

III. Bekämpfung von Diskriminierungen

1. Jede Diskriminierung AIDS-kranker oder HIV-infizierter Personen stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar und läuft aufgrund der damit einhergehenden Ausgrenzung und Stigmatisierung einer wirksamen Vorbeugungspolitik zuwider.

2. Der freie Personen-, Güter- und Dienstleistungsverkehr in der Gemeinschaft und die Gleichbehandlung gemäß den Verträgen sind gegenwärtig gewährleistet und müssen auch künftig gewährleistet sein.

3. Der Bekämpfung jeglicher Diskriminierung, insbesondere in bezug auf Beschäftigung, Arbeitsplatz, Schule, Wohnung und Krankenversicherung, ist daher größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen.

4. Im besonderen hinsichtlich Wohnung und privater Versicherungen ist nach Lösungen zu suchen, die bezüglich der wirtschaftlichen Interessen und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung ausgewogen sind.

IV. Die medizinisch-soziale Betreuung von seropositiven Personen und AIDS-Kranken

1. Damit den AIDS-kranken Personen die bei der Therapie und der Diagnose erzielten Verbesserungen voll zugute kommen können, sollte der Zugang zur Pflege soweit wie möglich und so frühzeitig wie möglich gewährt werden.

2. Insbesondere sind für Personen, die keinen Versicherungsschutz haben, was bei Drogenabhängigen oder früher Drogenabhängigen häufig der Fall ist, gegebenenfalls besondere Maßnahmen erforderlich.

3. Die Verbreitung von Informationen über die Lösungen, die sich in bestimmten Ländern bewährt haben, mußte insbesondere auf Gemeinschaftsebene gefördert und unterstützt werden.

4. Nichtstaatliche Organisationen spielen unabhängig davon, ob sich in ihnen AIDS-kranken oder von AIDS betroffene Personen zusammenschließen, eine wesentliche Rolle bei der psychologischen und sozialen Betreuung von AIDS-Kranken. Diese Rolle muß gefördert und auf breiterer Grundlage anerkannt werden.

B. Konkrete Tätigkeiten: Aktionsplan

I. Grundlagenforschung und operationelle Forschung

Im Mittelpunkt der gemeinschaftlichen Forschungspolitik stehen derzeit insbesondere Impfstoffe, Behandlungsmethoden und Epidemiologie sowie die Modalitäten der Einbeziehung der AIDS-Bekämpfung in die Gesundheitsdienste, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Diese Politik muß mit allen Mitteln fortgesetzt und verstärkt werden.

II. Erforschung und Evaluierung der sozioökonomischen Auswirkungen

Die bessere Kenntnis der AIDS-Pathogenese muß auch mit einem besseren Verständnis der psychosozialen, wirtschaftlichen und demographischen Auswirkungen der Krankheit und ihrer Folgen sowohl für die europäischen Gesellschaften als auch auf weltweiter Ebene einhergehen.

Die Kommission wird ersucht, bei den konzertierten Forschungsaktionen insbesondere folgende Themen zu berücksichtigen: Analyse und Bewertung der Erfordernisse auf dem Gebiet der Versorgung, Erforschung der Verhaltensformen und ihrer Bestimmungsfaktoren, insbesondere im Hinblick auf die Vorbeugung, Entwicklung von Methoden zur Bewertung der Vorbeugungsmaßnahmen, Analyse der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Auswirkungen, Ausarbeitung von Prognosen und Szenarien.

III. Internationale Zusammenarbeit

Der Rat nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die bereits im Rahmen des am 21. Mai 1987 verabschiedeten Programms zur AIDS-Bekämpfung in den Entwicklungsländern ergriffen worden sind.

Ohne den noch festzulegenden Prioritäten vorgreifen zu wollen, hält der Rat es für zweckmäßig, daß diese Maßnahmen fortgeführt und ausgebaut werden. Sie sind mit dem gemeinsamen Konzept des Rates und der Minister für das Gesundheitswesen abzustimmen.

Die Gemeinschaft hat hier eine eigene Rolle zu spielen, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, der Weltgesundheitsorganisation und den übrigen zuständigen internationalen Organisationen.

IV. Überwachung der epidemiologischen Lage in der Gemeinschaft

In Anbetracht der bisher schon durchgeführten bedeutenden Arbeiten zur Verbesserung des allgemeinen Systems der Sammlung epidemiologischer Daten, insbesondere der Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 15. Dezember 1988 und 16. Mai 1989⁽¹⁾, werden die Mitgliedstaaten und die Kommission ersucht, jeweils für ihren Bereich

- das allgemeine System der Sammlung epidemiologischer Daten, insbesondere die einzelstaatlichen Überwachungssysteme, weiter zu verbessern;
- dem Europäischen Zentrum für die epidemiologische Überwachung von AIDS (Collaborating Center der WHO in Paris) regelmäßig die verfügbaren epidemiologischen Daten zu übermitteln und für einen entsprechenden Zugang zu der Datenbank dieses Zentrums zu sorgen;
- die koordinierten epidemiologischen Untersuchungen, die eine Evaluierung der derzeitigen Lage und der Dynamik der Krankheit ermöglichen, weiterzuentwickeln;
- diese Informationen bei der künftigen Erarbeitung von Vorbeugungs- und Behandlungsstrategien zu berücksichtigen;
- unter Beteiligung von durch die Mitgliedstaaten und das Europäische Zentrum benannten Sachverständigen methodologische Konzepte zur Gewährleistung einer besseren Vergleichbarkeit der epidemiologischen Daten zu entwickeln.

Die Kommission wird dafür Sorge tragen, daß eine angemessene Gemeinschaftsunterstützung bei der Erfüllung all dieser Aufgaben gewährt wird.

V. Erarbeitung von Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung

In Anbetracht der Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 16. Mai 1989⁽²⁾, in denen

- die Kommission ersucht wurde, ein Programm zur Verhütung von AIDS bei intravenös Drogenabhängigen auszuarbeiten und dieses dem Rat vor Ende 1989 vorzulegen,
 - die Kommission ersucht wurde, im Rahmen des Binnenmarkts die Möglichkeiten einer technischen Harmonisierung bei Präservativen und Schnelldiagnosesets zu prüfen,
 - die Ad-hoc-Gruppe „AIDS“ beauftragt wurde, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und unter ihrer Beteiligung den Informationsaustausch über die Ergebnisse der Bewertung der einzelstaatlichen Vorbeugungsmaßnahmen, einschließlich der Informationskampagnen, und auf dem Gebiet der Sensibilisierung des im Gesundheitswesen tätigen Personals auszubauen und schließlich zu prüfen, wie sich die technischen Sicherheitsanforderungen zum Schutz gegen die HIV-Infektion bei Organen, Geweben, Sperma und Blut auf Gemeinschaftsebene verbessern lassen,
- a) wird die Kommission ersucht, anhand der vom Rat in dieser Entschließung aufgestellten Leitlinien in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, und gegebenenfalls mit Unterstützung von durch jeden der Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen,
- den Informations- und Erfahrungsaustausch in den vorrangigen Bereichen der AIDS-Bekämpfung, insbesondere in den im Anhang aufgeführten Bereichen, auszubauen und die sich daraus ergebenden Koordinierungsbemühungen zu intensivieren;
 - Vorschläge zur Festlegung der Einzelheiten und des Inhalts eines Aktionsplans, der die geeigneten Maßnahmen zur Verhütung und zur Kontrolle von AIDS, einschließlich der Koordinierung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Pilotaktionen, und die Beiträge zur Vorbereitung der gemeinschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und der internationalen Zusammenarbeit umfaßt, so bald wie möglich auszuarbeiten und dem Rat vorzulegen;
- b) wird die Ad-hoc-Gruppe „AIDS“ beauftragt, gemäß den bislang vom Rat und den Ministern für das Gesundheitswesen verabschiedeten Schlußfolgerungen ihre Arbeit, insbesondere im Bereich des Informations- und Erfahrungsaustauschs, fortzusetzen, die von der Kommission vorzulegenden Mitteilungen und Vorschläge zu prüfen und dem Rat über die Durchführung dieser Entschließung Bericht zu erstatten.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1989, S. 1, und ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 7.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 3.

*ANHANG***VORRANGIGE THEMEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND ERFAHRUNGSAUSTAUSCH****I. Themen, die Gegenstand früherer Schlußfolgerungen waren**

- Bewertung der einzelstaatlichen Vorbeugungsmaßnahmen, einschließlich der Maßnahmen im Zusammenhang mit Informationskampagnen und den Problemen, die die Frauen oder spezifische Personengruppen betreffen können;
- auf Drogenabhängige ausgerichtete Vorbeugungsmaßnahmen;
- technische Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit bei der Verwendung von Stoffen menschlichen Ursprungs.

II. Neue Themen

- Betreuung von AIDS-Kranken;
 - Aufklärung über Gesundheitsfragen und Gesundheitserziehung bei Jugendlichen;
 - Durchführung der Schlußfolgerungen des Rates und der Minister für das Gesundheitswesen betreffend AIDS und das Arbeitsumfeld.
-

KOMMISSION

ECU (*)

15. Januar 1990

(90/C 10/03)

Betrag in nationaler Währung für eine Einheit:

Belgischer und Luxemburgischer Franken con.	42,6748	Spanische Peseta	132,305
Belgischer und Luxemburgischer Franken fin.	42,6748	Portugiesischer Escudo	179,351
Deutsche Mark	2,03576	US-Dollar	1,21003
Holländischer Gulden	2,29555	Schweizer Franken	1,81323
Pfund Sterling	0,723487	Schwedische Krone	7,40781
Dänische Krone	7,88880	Norwegische Krone	7,86218
Französischer Franken	6,92622	Kanadischer Dollar	1,40037
Italienische Lira	1518,11	österreichischer Schilling	14,3268
Irishes Pfund	0,770917	Finnmark	4,80504
Griechische Drachme	190,278	Japanischer Yen	175,999
		Australischer Dollar	1,52589
		Neuseelandischer Dollar	1,98366

Die Kommission verfügt jetzt über einen Fernschreiber mit Abrufmoglichkeit, der die Umrechnungskurse in den wichtigsten Währungen automatisch mitteilt. Die Kurse sind börsentäglich ab 15.30 Uhr bis 13 Uhr am folgenden Tag abrufbar.

Dabei ist in folgender Weise zu verfahren:

- Fernschreib-Nr. 23789 in Brüssel wählen;
- eigene Fernschreib-Nummer angeben;
- den Code „cccc“ eingeben, der den Abruf der Umrechnungskurse des Ecu auslöst;
- den Ablauf der Übertragung nicht unterbrechen; das Ende der Mitteilung wird automatisch durch den Code „ffff“ angezeigt.

Vermerk: Die Kommission unterhält ferner einen Fernschreiber mit Antwortgerat (unter der Nummer 21791), bei dem die Tagesdaten für die Berechnung der Wahrungsausgleichsbetrage im Rahmen der Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik abgerufen werden können.

(*) Verordnung (EWG) Nr. 3180/78 des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 379 vom 30. 12. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1971/89 (ABl. Nr. L 189 vom 4. 7. 1989, S. 1).

Beschluß 80/1184/EWG des Rates vom 18. Dezember 1980 (Abkommen von Lome) (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 34).

Entscheidung Nr. 3334/80/EGKS der Kommission vom 19. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 27).

Haushaltsordnung vom 16. Dezember 1980 betreffend den allgemeinen Haushalt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 23).

Verordnung (EWG) Nr. 3308/80 des Rates vom 16. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 1).

Entscheidung des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 13. Mai 1981 (ABl. Nr. L 311 vom 30. 10. 1981, S. 1).

STAATLICHE BEIHILFEN**Mitteilung der Kommission über die in Frankreich, Irland und Portugal anzuwendenden Bezugs- und Abzinsungssätze**

(90/C 10/04)

In ihrer Mitteilung vom 21. Dezember 1978 ⁽¹⁾ legte die Kommission die Grundsätze dar, die sie auf die bereits geltenden oder noch einzuführenden Beihilferegelungen mit regionaler Zweckbestimmung in den Gebieten der Gemeinschaft anwenden wird.

Diese Mitteilung enthielt einen Anhang, in dem die Methoden zur Anwendung dieser Grundsätze beschrieben und insbesondere die Bezugs- und Abzinsungssätze festgesetzt wurden (Punkte 13 bis 15), die für die Berechnung des Nettosubventionsäquivalents der verschiedenen Beihilfearten in den einzelnen Mitgliedstaaten anzuwenden sind.

Die Definition der für Frankreich und Irland anzuwendenden Bezugs- und Abzinsungssätze wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1989 geändert; die in Portugal anzuwendende Definition wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1986 beschlossen.

Punkt 14 vierter Unterabsatz ist daher wie folgt zu ändern:

Der Wortlaut: „Frankreich — Der Satz für Betriebs- und Ausstattungsdarlehen des Kreditinstituts Crédit National“ wird ersetzt durch: „Frankreich — Der durchschnittliche Satz der Kosten für mittel- und langfristige Kredite an Unternehmen, der der vierteljährlichen Erhebung der Bank von Frankreich entnommen wird.“

Entsprechend sollte unter dem sechsten Unterabsatz desselben Absatzes der Wortlaut „Irland — Satz für Darlehen an ‚AA‘-Kunden mit einer Laufzeit von über sieben Jahren, wie er vom ‚Standing Committee of Commercial or Merchant Banks‘ festgelegt wird“ ersetzt werden durch „Irland — durchschnittlicher Satz der ‚Associated Banks‘ für Darlehen an ‚AA‘-Kunden (‚loan accounts‘)“.

Folgender Wortlaut wird als elfter Unterabsatz angefügt: „Portugal — Der um zwei Punkte erhöhte Diskontsatz der Bank von Portugal.“

(1) ABl. Nr. C 31 vom 3. 2. 1979, S. 9.

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe)

(90/C 10/05)

entsprechend Artikel 9 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft

(ABl. Nr. L 204 vom 25. Juli 1987, S. 1)

9. Januar 1990

Verordnung (EWG) Nr.	Maßnahme Nr.	Partie	Begünstigter	Erzeugnis	Menge (t)	Lieferstufe	Anzahl der Bieter	Zuschlagsempfänger	Ausschreibungspreis (ECU/t)
Entscheidung der Kommission vom 22. 12. 89	947/89	1	IKRK/Angola	GMAI	1 400	EMB	5	Champagne Céréales A.O.H. Algemene Oliehandel	123,93
	948/89	1	IKRK/Angola	HCOLZ	70	EMB	3		760,00
3633/89	748-753/89	1	Euronaïd (ONG'S)/Drittlander	SUB	310	EMB	5	n.z.	
3684/89	401/89	1	UNHCR/Uganda	HCOLZ	300	DEST	1	n.z.	
3921/89	844/89	A	Somalia	DUR	2 000	DEB	8	Lecureur	237,47
	845/89	B	Somalia	DUR	2 000	DEB	8	Lecureur	239,47
	846/89	C	Somalia	DUR	2 000	DEB	8	Lecureur	241,41
	847/89	D	Somalia	FBLT/ME	1 700	DEB	8	CER.FAR, SRL	259,70
	848/89	E	Somalia	FBLT/ME	1 700	DEB	9	CER.FAR, SRL	259,70
	849/89	F	Somalia	FBLT/ME	1 700	DEB	10	CER.FAR, SRL	279,70
	899/89	G	Äthiopien	BLT	15 000	DEB	13	U.N.C.A.C.	193,41
3924/89	502/89	1	UNHCR/Mosambik	HCOLZ	1 030	DEB	6	Sels Öl + Fett GmbH	666,75
	503/89	1	UNHCR/Swasiland	HCOLZ	30	DEST	4	n.z. (¹)	
	617/89	1	UNHCR/Sambia	HCOLZ	80	DEST	4	n.z. (¹)	
3925/89	168/89	1	Mosambik	HCOLZ	2 000	DEST	5	Alfred C. Toepfer Int. GmbH	678,57
3922/89	858/89	A	Sudan	BO	200	DEB	10	Laiterie du Pare S.A.	1 850,00
3923/89	859/89	A	Sudan	LEP	600	DEB	8	Unilait France	1 485,75
	860/89	B	Sudan	LEPv	400	DEB	8	Francempa	1 494,00

n.z.: Die Lieferung wurde nicht zugeschlagen.

(¹) Zweite Ausschreibung am 23. Januar 1990.

BLT: Weichweizen
 FBLT: Weichweizenmehl
 CBL: Geschliffener Langkornreis
 CBM: Geschliffener mittelkörniger Reis
 CBR: Geschliffener Rundkornreis
 B RI: Reisbruch
 FHAF: Haferflocken
 MAI: Mais
 SOR: Sorghum
 SU: Zucker
 ME: Mengkorn

DUR: Hartweizen
 FMAI: Maismehl
 GMAI: Maisgrieß
 LEP: Magermilchpulver
 LEPv: Magermilchpulver, mit Vitaminen angereichert
 LENP: Vollmilchpulver
 BO: Butteroil
 B: Butter
 GDUR: Hartweizengrieß

CT: Tomatenkonzentrat
 HOLI: Olivenöl
 HCOLZ: Raffiniertes Rapsöl
 HPALM: Teilweise raffiniertes Palmöl
 HTOUR: Raffiniertes Sonnenblumenöl
 CB: Corned beef
 DEB: Lieferung frei Löschhafen — gelöscht
 DEN: Lieferung frei Löschhafen — ungelöscht
 EMB: Lieferung frei Verschiffungshafen
 DEST: Lieferung frei Bestimmungsort
 SUB: Weißzucker

Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sowjetunion

(90/C 10/06)

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat mit der Sowjetunion ein Abkommen über den Handel mit Textilwaren ausgehandelt. Die Vertragsparteien haben die vorläufige Inkraftsetzung des Abkommens ab 1. Januar 1990 vereinbart.

Ein Beschluß des Rates vom 18. Dezember 1989 hat die vorläufige Inkraftsetzung des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sowjetunion über den Handel mit Textilwaren ab 1. Januar 1990 verfügt.

II

(Vorbereitende Rechtsakte)

RAT

ZUSTIMMUNGEN Nrn. 26/89 bis 32/89

(90/C 10/07)

Zustimmungen des Rates gemäß Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe a) des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, mit denen die Kommission zur Gewährung der folgenden Darlehen befugt wird:

i) sechs Globaldarlehen von jeweils

- 100 Milliarden italienischen Lire ($\pm 67,065$ Millionen ECU) an Mediocredito Lombardo (Italien),
- 10 Millionen britischen Pfund Sterling ($\pm 14,802$ Millionen ECU) an Welsh Development Agency (WDA) (Vereinigtes Königreich),
- 90 Millionen britischen Pfund Sterling ($\pm 133,222$ Millionen ECU) an Investors in Industry (Vereinigtes Königreich),
- 650 Millionen belgischen Francs ($\pm 14,966$ Millionen ECU) an Banque Bruxelles-Lambert (Belgien),
- 90 Millionen britischen Pfund Sterling ($\pm 133,222$ Millionen ECU) an Barclays Bank PLC (Vereinigtes Königreich),
- 100 Millionen Deutsche Mark ($\pm 48,147$ Millionen ECU) an die Bank für Gemeinwirtschaft AG (Bundesrepublik Deutschland);

ii) ein Umstellungsdarlehen von

- 20 Millionen britischen Pfund Sterling ($\pm 29,329$ Millionen ECU) an Coca-Cola & Schweppes Beverages Ltd (CC & SB) (Vereinigtes Königreich).

Der Rat hat diese Zustimmungen auf seiner 1382. Tagung am 21. Dezember 1989 erteilt.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

E. CRESSON

KOMMISSION

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur gegenseitigen Akzeptierung der Befähigungszeugnisse für die Ausübung von Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt

KOM(89) 472 endg.

(Von der Kommission vorgelegt am 4. Dezember 1989)

(90/C 10/08)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 84 Absatz 2,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Luftverkehr kann nur dann reibungslos und sicher abgewickelt werden, wenn Personal, das qualifiziert und im Besitz eines Befähigungszeugnisses ist, in ausreichender Zahl zur Verfügung steht.

Der Luftverkehr ist ein äußerst dynamischer und sich rasch weiterentwickelnder Wirtschaftszweig mit besonders internationalem Gepräge; ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Personalangebot und -nachfrage kann deshalb gemeinschaftsweit auf effizientere Weise als landesweit aufrechterhalten werden.

Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, die gemeinsame Verkehrspolitik auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt auf die Freizügigkeit des Personals innerhalb der Gemeinschaft auszudehnen.

Für den bis Ende 1992 zu vollendenden Binnenmarkt ist ein leistungsfähiger Luftverkehr unerlässlich, damit sich die Menschen innerhalb der Gemeinschaft ungehindert bewegen können.

Wichtige Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt können in den meisten Mitgliedstaaten nur von Inhabern eines Befähigungszeugnisses ausgeübt werden.

Die Anforderungen an diese Befähigungszeugnisse sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat so unterschiedlich, daß es für einen Angehörigen eines Mitgliedstaats oft schwierig ist, in einem anderen Mitgliedstaat eine ähnliche Tätigkeit auszuüben.

Die Gemeinschaft hat bisher nicht festgelegt, welche Qualifikationen für die Erlangung eines Befähigungszeugnisses erforderlich sind. Die Mitgliedstaaten haben daher noch immer die Möglichkeit, die Anforderungen so festzulegen, daß die Sicherheit der auf ihrem Hoheitsgebiet erbrachten Leistungen gewährleistet ist. Nach dem Vertrag dürfen sie von einem Angehörigen eines anderen Mitgliedstaats nicht verlangen, diese berufliche Qualifikationen zu erwerben, die sie im allgemeinen nur auf der Grundlage der Bildungs- und Ausbildungssysteme im eigenen Land festlegen, wenn der Betreffende sie ganz oder teilweise schon in einem anderen Mitgliedstaat erworben hat.

Jeder Aufnahmemitgliedstaat, in dem eine Tätigkeit in der Zivilluftfahrt reglementiert ist, ist gehalten, die in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Qualifikationen zu berücksichtigen und zu bestimmen, ob diese Qualifikationen den von ihm geforderten Qualifikationen entsprechen.

Ein Verfahren zur Akzeptierung der Befähigungszeugnisse und Qualifikationen des Zivilluftfahrtpersonals erscheint geboten, um die Erfüllung der aus dem Vertrag fließenden Verpflichtungen zu erleichtern und die ungehinderte Mobilität des Personals zu gewährleisten; die Akzeptierung von Befähigungszeugnissen würde durch die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Mindestanforderungen gemäß der achten Fassung (Juli 1988) von Anhang 1 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt zu erfüllen, noch erleichtert.

Bereits heute kann die Anerkennung der Luftfahrerscheine von Privatluftfahrzeugführern in allen Mitgliedstaaten festgeschrieben werden.

Damit Berufsluftfahrzeugführer ein Luftfahrzeug in einem anderen Mitgliedstaat als dem, der den Luftfahrerschein erteilt hat, steuern dürfen, müssen sie in der Regel zusätzliche Prüfungen ablegen. Dies stellt ein Hindernis für den freien Fluglinienverkehr dar, das es zu beseitigen gilt; bei Berufsluftfahrzeugführern besteht daher dringender Handlungsbedarf.

Um das Problem der Überlastung des Luftraums zu lösen, mit dem die Fluggesellschaften gegenwärtig zu kämpfen haben, empfiehlt es sich, schnellstmöglich eine große Zahl von zusätzlichen Flugverkehrslotsen auszubilden, deren Tätigkeit für eine reibungslose und sichere Abwicklung des Luftverkehrs von vitaler Bedeutung ist.

In den Mitgliedstaaten reichen die Ausbildungsmöglichkeiten nicht immer aus, um den Bedarf an Fluglotsen zu befriedigen.

Gemäß Artikel 7 des Vertrages müssen die Mitgliedstaaten Angehörige anderer Mitgliedstaaten in nichtdiskriminierender Weise zu öffentlichen und privaten Ausbildungseinrichtungen und Abschlußprüfungen zulassen.

Um eine uneingeschränkte gegenseitige Anerkennung der Befähigungszeugnisse zu erreichen, sind gemeinsame Anforderungen an Befähigungszeugnisse und Ausbildungsprogramme festzulegen.

Es ist zweckmäßig, die Befugnis zur Festlegung dieser Anforderungen der Kommission zu übertragen, die dabei von einem Regelungsausschuß unterstützt wird —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Richtlinie betrifft die Verfahren und Anforderungen der Mitgliedstaaten zur Erteilung von Befähigungszeugnissen auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt für Flugbesatzungen sowie für Wartungs-, Flugsicherungs- und Bodenfunkpersonal.

(2) Diese Richtlinie gilt nur für Angehörige von Mitgliedstaaten.

Artikel 2

Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet

- a) *Befähigungszeugnis* eine Urkunde, die von einem Mitgliedstaat für die Zulassung zur Ausübung Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt ausgestellt wird. Diese Begriffsbestimmung schließt auch Berechtigungen ein, die Teil des Befähigungszeugnisses sind;
- b) *Berechtigung* eine Genehmigung, die in ein Befähigungszeugnis eingetragen oder damit verbunden ist und besondere Bestimmungen, Vorrechte oder Einschränkungen im Zusammenhang mit diesem Befähigungszeugnis feststellt;
- c) *Akzeptierung von Befähigungszeugnissen* jede Art von Anerkennung oder Gültigerklärung eines von einem Mitgliedstaat ausgestellten Befähigungszeugnisses oder Teil eines Befähigungszeugnisses durch einen anderen Mitgliedstaat. Die Akzeptierung kann auch durch die Ausstellung eines nationalen Befähigungszeugnisses erfolgen;
- d) *Anerkennung* die Erlaubnis, in einem Mitgliedstaat das in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellte Befähigungszeugnis für den darin angegebenen Zweck zu verwenden;
- e) *Gültigerklärung* der ausdrückliche Vermerk eines Mitgliedstaats in einem von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten Befähigungszeugnis, daß dieses wie ein nationales Befähigungszeugnis für den darin angegebenen Zweck verwendet werden darf.

Artikel 3

(1) Ein Mitgliedstaat, der für die Ausübung von Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt die Vorlage eines Befähigungszeugnisses verlangt, akzeptiert unverzüglich, und ohne weitere Prüfungen zu verlangen, alle Befähigungszeugnisse oder Teile von Befähigungszeugnissen, die ein anderer Mitgliedstaat für die gleichen Tätigkeiten ausgestellt hat.

(2) Ein Mitgliedstaat erkennt ein Befähigungszeugnis an, das den gemäß Artikel 9 festgelegten Gemeinschaftsanforderungen entspricht.

(3) Unbeschadet Artikel 8 darf jeder Inhaber eines von einem Mitgliedstaat ausgestellten Luftfahrerscheins für Privatluftfahrzeugführer ein in einem anderen Mitgliedstaat eingetragenes Luftfahrzeug fliegen. Privatluftfahrzeugführer dürfen Rechte, die in ihrem Luftfahrerschein verbrieft sind, und Berechtigungen für Flüge nach Sichtflugregeln (VFR-Flüge) bei Tag allerdings nur in einem für den Alleinflugbetrieb zugelassenen Luftfahrzeug in Anspruch nehmen.

Artikel 4

(1) Entspricht in Abweichung von den Grundsätzen des Artikels 3 Absatz 1 ein von einem Mitgliedstaat ausgestelltes Befähigungszeugnis oder ein Teil eines Befähigungszeugnisses nicht den Anforderungen des Mitgliedstaats, dem das Befähigungszeugnis zur Akzeptierung vorgelegt wird, so unterrichtet dieser den Inhaber des Befähigungszeugnisses davon schriftlich und nennt die zusätzlichen Anforderungen und/oder Prüfungen, die zur Akzeptierung des Befähigungszeugnisses erforderlich sind.

Diese Angaben werden gleichzeitig dem ausstellenden Mitgliedstaat und der Kommission mitgeteilt.

(2) Auf Wunsch erhält der Antragsteller unverzüglich, auf alle Fälle binnen drei Monaten nach Antragstellung, Gelegenheit, eine zusätzliche Prüfung abzulegen.

(3) Kann der Antragsteller nachweisen, daß er den zusätzlichen Anforderungen genügt und/oder die verlangte(n) Prüfung(en) bestanden hat, so akzeptiert der Mitgliedstaat das Befähigungszeugnis oder den betreffenden Teil des Befähigungszeugnisses.

Artikel 5

Unbeschadet Artikel 4

a) erklärt ein Mitgliedstaat ein Befähigungszeugnis für gültig, das zumindest den Anforderungen in der achten Fassung (Juli 1988) von Anhang 1 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt entspricht,

b) verlangt ein Mitgliedstaat allenfalls eine im Anhang beschriebene Eignungsprüfung zu Befähigungszeugnissen, die den Mindestanforderungen in der achten Fassung (Juli 1988) von Anhang 1 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt nicht entsprechen,

wenn der Inhaber des Befähigungszeugnisses den besonderen Anforderungen für eine Anerkennung im Sinne des Anhangs genügt, bis gemäß Artikel 9 Gemeinschaftsanforderungen festgelegt sind.

Artikel 6

Unbeschadet Artikel 3 akzeptiert jeder Mitgliedstaat bei der Zulassung alle Teile der Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung, die in anderen Mitgliedstaaten erworben wurden und den eigenen Anforderungen entsprechen.

Artikel 7

Die Mitgliedstaaten gewährleisten, daß Angehörige anderer Mitgliedstaaten zu öffentlichen und privaten Ausbildungseinrichtungen sowie zu Prüfungen und Verfahren zur Zulassung von Luftfahrtpersonal in derselben Weise zugelassen werden wie eigene Staatsangehörige.

Artikel 8

(1) Stellt ein Mitgliedstaat ein Befähigungszeugnis auf der Grundlage eines von einem Drittland erteilten Befähigungszeugnisses (oder Teils eines Befähigungszeugnisses) aus, so wird dies in dem Befähigungszeugnis vermerkt. Die übrigen Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, ein solches Befähigungszeugnis oder einen Teil eines solchen Befähigungszeugnisses zu akzeptieren.

(2) In Abweichung von Absatz 1 akzeptieren die Mitgliedstaaten ein Befähigungszeugnis, das von der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage eines von der Deutschen Demokratischen Republik erteilten Befähigungszeugnisses ausgestellt wurde.

Artikel 9

(1) Gemäß dem Verfahren nach Artikel 10 erläßt die Kommission bis zum 31. Dezember 1992 Vorschriften mit harmonisierten Anforderungen an Befähigungszeugnisse und Ausbildungsprogramme. Bei der Ausarbeitung solcher Vorschriften berät sich die Kommission mit den betreffenden berufsständischen Vertretungen.

(2) Bis diese Anforderungen an Befähigungszeugnisse erlassen sind, müssen die Anforderungen der Mitgliedstaaten mindestens den Anforderungen in der achten Fassung (Juli 1988) des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt genügen.

(3) Unbeschadet Artikel 5 können die Mitgliedstaaten beschließen, daß Befähigungszeugnisse, die sie vor dem 1. Juli 1990 ausgestellt haben, gültig bleiben.

Artikel 10

(1) Zur Erfüllung der in Artikel 9 beschriebenen Aufgaben wird die Kommission von einem Ausschuß unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

(2) Der Vertreter der Kommission unterbreitet dem Ausschuß einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der betreffenden Frage festsetzen kann. Die Stellungnahme wird mit der Mehrheit abgegeben, die in Artikel 148 Absatz 2 des Vertrages für die Annahme der vom Rat auf Vorschlag der Kommission zu fassenden Beschlüsse vorgesehen ist. Bei der Abstimmung im Ausschuß werden die Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten gemäß dem vorgenannten Artikel gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(3) a) Die Kommission erläßt die beabsichtigten Maßnahmen, wenn sie mit der Stellungnahme des Ausschusses übereinstimmen.

b) Stimmen die beabsichtigten Maßnahmen mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein oder liegt keine Stellungnahme vor, so unterbreitet die Kommission dem Rat unverzüglich einen Vorschlag für die zu treffenden Maßnahmen. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit.

c) Hat der Rat drei Monate nach einer Befassung keinen Beschluß gefaßt, so werden die vorgeschlagenen Maßnahmen von der Kommission erlassen.

Artikel 11

(1) Nach Konsultationen mit der Kommission erlassen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens zum 1. Juli 1990 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Die genannten Vorschriften müssen eine ausdrückliche Bezugnahme auf diese Richtlinie enthalten.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die sie künftig auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 12

Diese Richtlinie ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

ANHANG

Besonderes Anerkennungsverfahren

Einsatzbereich	Anforderungen für die besondere Anerkennung				Eignungsprüfung für die besondere Anerkennung
	Erlaubnis	Gesundheitliche Tauglichkeit	Alter	Erfahrung	
1. Gewerblicher Luftverkehr mit FAR 25/JAR 25-Flugzeugen					
a) Verantwortlicher Luftfahrzeugführer (PIC)	a) ATPL-A	a) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	a) 21-60	a) 1 500 Std. als PIC auf FAR 25/JAR 25-Flugzeugen	a) Praktische Überprüfung, einschließlich IR ⁽¹⁾ -Prüfung, im Flug oder am Simulator
b) Zweiter Luftfahrzeugführer	b) ATPL-A	b) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	b) 21-60	b) 1 500 Std. auf FAR 25/JAR 25-Flugzeugen	b) Praktische Überprüfung, einschließlich IR-Prüfung, im Flug oder am Simulator
2. Gewerblicher Luftverkehr, ausgenommen mit FAR 25/JAR 25-Flugzeugen					
a) PIC	a) CPL-A (mit IR)	a) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	a) 21-60	a) 1 000 Std. als PIC im gewerblichen Luftverkehr seit Erlangung der IR	a) Praktische Überprüfung, einschließlich IR-Prüfung, im Flug oder am Simulator
b) Zweiter Luftfahrzeugführer	b) CPL-A (mit IR)	b) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	b) 21-60	b) 1 000 Std. im gewerblichen Luftverkehr	b) Praktische Überprüfung, einschließlich IR-Prüfung, im Flug oder am Simulator
3. a) Arbeitsflüge mit Flugzeugen (ausgenommen Schulungsflüge)	a) CPL-A	a) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	a) 21-60	a) 700 Std. als PIC auf Flugzeugen herkömmlicher Bauart ⁽²⁾ , davon 200 Std. auf solchen Arbeitsflügen, für die die Anerkennung beantragt wird, einschließlich 50 Std. einschlägige Flugerfahrung in den letzten 12 Monaten	a) Praktische Überprüfung
b) Arbeitsflüge mit Hubschraubern (ausgenommen Schulungsflüge und Einsätze über See)	b) CPL-H	b) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	b) 21-60	b) 700 Std. als PIC auf Hubschraubern, davon 200 Std. auf solchen Arbeitsflügen, für die die Anerkennung beantragt wird, einschließlich 50 Stunden einschlägige Flugerfahrung in den letzten 12 Monaten	b) Praktische Überprüfung

⁽¹⁾ IR-Berechtigung für IfR-Flüge (Instrumentenflug).⁽²⁾ Als Flugzeuge herkömmlicher Bauart gelten alle Flugzeuge, außer solchen nach JAR 22 und Ultraleichtflugzeuge.

Einsatzbereich	Anforderungen für die besondere Anerkennung				Eignungsprüfung für die besondere Anerkennung
	Erlaubnis	Gesundheitliche Tauglichkeit	Alter	Erfahrung	
4. Gewerblicher Luftverkehr oder Einsätze über See mit Hubschraubern					
a) PIC	a) ATPL-H (mit IR, falls IR-Flüge erforderlich)	a) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	a) 21-60	a) 1 500 Std. als PIC auf solchen Flügen, für die die Anerkennung beantragt wird. Falls IR erforderlich, 500 Std. Flugerfahrung seit Erlangung der IR	a) Praktische Überprüfung, ggf. einschließlich IR-Prüfung, im Flug oder am Simulator
b) Zweiter Luftfahrzeugführer	b) CPL-H (mit IR, falls IR-Flüge erforderlich)	b) Fliegerärztliches Tauglichkeitszeugnis Klasse 1 ohne Einschränkungen	b) 21-60	b) 1 500 Std. auf solchen Flügen, für die die Anerkennung beantragt wird. Falls IR erforderlich, 500 Std. Flugerfahrung seit Erlangung der IR	b) Praktische Überprüfung, ggf. einschließlich IR-Prüfung, im Flug oder am Simulator